

Nach Übergriffsvorwürfen gegen Dolmetscher - Erstaufnahme-Betreiber DRK steht in der Kritik

Weil er DRK-Mitarbeiterinnen in der **Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt** belästigt haben soll, ist ein Dolmetscher suspendiert worden. Doch auch das DRK steht unter Druck: Leitende Mitarbeiter hätten viel zu spät reagiert. DRK-Landeschef Frank-Walter Hülsenbeck sagte am Freitag im rbb, sein Haus werde die Vorwürfe "rückhaltlos aufklären".

Nach mutmaßlichen sexuellen Übergriffen in der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) steht das Deutsche Rote Kreuz (DRK) als Betreiber der Einrichtung in der Kritik. Der Vorwurf: Leitende Mitarbeiter des DRK hätten viel zu spät bzw. gar nicht reagiert, als sie um Hilfe gebeten wurden. Neben den bisher bekannten Fällen soll es noch eine weitere Gewalttat gegeben haben: Eine Kenianerin sagte, sie sei Anfang Januar von zwei Mitbewohnern vergewaltigt worden. DRK-Mitarbeiter hätten ihre Hinweise zunächst jedoch nicht ernst genommen. Erst später hätten ihre andere Mitarbeiter des DRK bei einer Anzeige geholfen.

DRK-Präsident zeigt Verständnis für die Kritik

Der Präsident des DRK Brandenburg, Frank-Walter Hülsenbeck, äußerte am Freitagabend Verständnis für die Kritik an seinem Haus. So sei im Fall der Kenianerin zu lange gewartet worden. Er hätte sich gewünscht, dass der zuständige Mitarbeiter "sofort reagiert" hätte. Die dargestellten Sachverhalte seien "inakzeptabel" und würden "rückhaltlos" aufgeklärt. "Das sind wir zum einen den Betroffenen schuldig, zum anderen unserem Vertragspartner, aber auch unserem Selbstverständnis", sagte der DRK-Chef im rbb.

Weiter im Raum stehen die mutmaßlichen Übergriffe, die einem DRK-Dolmetscher zur Last gelegt werden. Der Mann war zunächst vom Land Brandenburg mit einem Hausverbot belegt worden. Erst später hatte ihn dann das DRK suspendiert. Gegen den Libanesen lägen zehn Anzeigen vor, bestätigte ein Polizeisprecher am Freitag. Der Dolmetscher soll in Eisenhüttenstadt mehrere Frauen, die dort ehren- oder hauptamtlich für das DRK in der Flüchtlingsbetreuung tätig sind, verbal belästigt und unsittlich berührt haben.

Brandenburg prüft Zusammenarbeit mit DRK

Frank Nürnberger, Leiter der Zentralen Ausländerbehörde in Brandenburg, sagte gegenüber dem rbb, dass Brandenburg jetzt die Zusammenarbeit mit dem DRK als Betreiber der Heime im Landkreis Oder-Spree gründlich prüfe. Man habe sich für das DRK als Heimbetreiber entschieden in der Hoffnung, dass Asylsuchende dort sicher seien und optimal versorgt würden. Angesichts der Vorwürfe einer Asylbewerberin und mehrerer Mitarbeiterinnen könne man Zweifel bekommen, sagte Nürnberger. Man werde sich nun sehr genau anschauen, wie das DRK mit dem Fall umgehe.

Opfer der mutmaßlichen Übergriffe werden psychologisch betreut

Wie DRK-Landeschef Hülsenbeck sagte, soll ermittelt werden, warum erste Hinweise auf die mutmaßlichen Taten nicht weitergeleitet worden sind. "Wir werden mit den verantwortlichen Personen sprechen, warum das nicht sofort durchgestellt wurde", sagte Hülsenbeck am Freitag in der rbb-Sendung Brandenburg aktuell. Laut DRK werden die Opfer der mutmaßlichen Übergriffe psychologisch betreut.

Zugleich dementierte der Verband, man habe die Vorfälle vertuschen wollen. "Es gibt weder einen Anlass, noch besteht ein Interesse, Vorgänge zu vertuschen", sagte Hülsenbeck und reagierte damit auf Berichte des rbb und der "Potsdamer Neuesten Nachrichten" (Freitagsausgabe). Der Verband habe mit allen Mitarbeitern gesprochen und sei an der Aufklärung des Sachverhalts interessiert, hieß es. Die sexuellen Übergriffe sollen im Oktober 2015 begonnen haben. Das DRK erfuhr davon erst, als zehn Frauen Ende Januar Anzeige erstatteten.

DRK benennt Ansprechpartner für Frauen und Männer

Wie Hülsenbeck sagte, habe das DRK aus den jetzt bekannt gewordenen Vorgängen bereits Konsequenzen gezogen. So gebe es jetzt in jeder Einrichtungen Vertrauenspersonen, "für Frauen und für Männer getrennt". Außerdem gebe es ein Handbuch zu sexualisierter Gewalt, das mit den Einrichtungs- und Teamleitern

besprochen werde. Daraus gehe hervor, wie sich das Personal bei sexuellen Übergriffen zu verhalten habe. Wenn einzelne Mitarbeiter für Kommunikationsfehler verantwortlich gemacht werden könnten, seien auch personelle Konsequenzen nicht ausgeschlossen, sagte Hülsenbeck.

Quelle: rbb|24 - <http://www.rbb-online.de/politik/thema/fluechtlinge/brandenburg/2016/02/drk-nach-uebergrieffs-vorwuerfen-in-erstaufnahme-in-der-kritik.html> © 2016

WZ 16.02.2016

Wülfrather DRK sieht Schuld immer bei anderen

von [Uwe Reimann](#)

Das Deutsche Rote Kreuz der Kalkstadt verfährt nach dem Motto: Es darf nicht sein, was nicht sein soll. Der Kreisverband ist dagegen viel weiter und will Missstände aufklären.

[Die Wülfrather Notunterkunft geriet in den vergangenen Wochen in die Schlagzeilen, nachdem ein Mitarbeiter des DRK eine Afghanin belästigt haben soll.](#) Archiv

Die Wülfrather Notunterkunft geriet in den vergangenen Wochen in die Schlagzeilen, nachdem ein Mitarbeiter des DRK einer Afghanin belästigt haben soll.

Wülfrath. Was bleibt in Erinnerung, wenn die Notunterkunft für Flüchtlinge in der Sporthalle des Gymnasiums Ende März geschlossen wird? Es bleibt ein beispielhaftes Engagement der vielen, anfangs mehr als 150 freiwilligen Helfer, die mit Fürsorge den Menschen eine praktische wie emotionale Heimat geboten haben. Wülfrath war Vorbild, was Willkommenskultur bedeuten kann. Es bleibt aber auch in Erinnerung, dass die **Ortsverbandsspitze des Deutschen Roten Kreuzes in Wülfrath eine eher befremdliche Figur abgegeben hat**. In den dann sechs Monaten ist der Umgang mit den Problemen vor Ort eher von Überforderung gekennzeichnet.

Kreisverband zog die Notbremse

Als ein **Security-Mitarbeiter** im vergangenen Dezember einer fremden Firma **einer jungen Afghanin nachstellte**, wurde der Mann auf Hinweis des DRK von seinem Arbeitgeber **sofort versetzt**. Das war richtig, weil es spätere Komplikationen (oder womöglich Schlimmeres) vermeiden half. Als ein **hauptberuflicher DRK-Mitarbeiter derselben Frau nachstellte, die Polizei nachfragte, der Mitarbeiter aber selbst in Leichlingen der Frau noch nachstellte, blieb man aber merkwürdig regungslos**. Warum?

Beim Kreisverband jedenfalls zog man sofort die Notbremse, als man von den Zuständen hörte. Der Mann wurde suspendiert. Zudem erstattete der Kreisverband Anzeige, um Vorgänge polizeilich aufklären zu lassen. Die Richtung lautete: Das Problem benennen und prüfen.

Wülfrather DRK-Spitze verunglimpfte Berichterstattung

Nur die Wülfrather DRK-Spitze, die sich ab dem Zeitpunkt auf Forderung des Kreisverbandes nicht mehr äußern sollte, ärgerte es sehr, dass sie im Fokus standen – und verunglimpfte die öffentliche Berichterstattung nach dem Motto: Es darf nicht sein, was nicht sein soll und Schuld sind immer die anderen. Der Wülfrather DRK-Vorsitzende Wolfgang Peetz spricht auf allen Kanälen inklusive der sozialen Netzwerke von Intrigen und Kampagnen. Dabei sollte er die alte Weisheit doch kennen: Wer eine Leiche im Keller hat, sollte nicht die Nase desjenigen tadeln, der sie roch. Er sollte sich eher um die Leiche kümmern.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter, die den Betrieb der Notunterkunft dann ein halbes Jahr sicherten, leiden weniger unter schwarzen Schafen. Die gibt es leider immer. Doch sie leiden unter der wenig professionellen Vorgehensweise der Nuk-Führung, die Probleme zu lösen.

Vor allem haben es die vielen ehrenamtlichen Helfer in Wülfrath verdient, dass ihre Arbeit in dem halben Jahr Notunterkunft in Wülfrath nicht geschmälert wird. Das sollte in Erinnerung bleiben. Das aber haben die Nuk- und die DRK-Führung in Wülfrath gefährdet.

Leserkommentare (2)

[Login zum Kommentieren](#)

(*) Registrierte Nutzer

- von Jürgen Merrath | 12.02.16 - 16:31 Uhr

Professionalität bei der Finanzierung

Ein Artikel, der mir voll aus dem Herzen spricht. Hinzu kommt, dass das DRK Wülfrath sich mit dem Betreiben der Notunterkunft eine extrem lukrative Finanzierungsquelle eröffnete, ohne darüber jemandem Rechenschaft ablegen zu müssen. **Während die ehrenamtlichen Helfer nämlich für ihre Schichtzeiten von 6 bis 10 Stunden grundsätzlich eine Aufwandsentschädigung von pauschal 40 Euro erhalten, bekommt das DRK pro Helfer pro Stunde 25 Euro vom Land erstattet. Je mehr Helfer also mitmachen, umso mehr kann das DRK "verdienen"**. Ob man dies nun als cleveres Geschäftsmodell betrachtet, weil mit diesen Einnahmen das DRK viel Gutes leisten kann oder als unmoralische Bereicherung auf Kosten des Steuerzahlers überlasse ich jedem selbst.

-
- o von Wolfgang Dill | 15.02.16 - 11:53 Uhr

Vielen Dank für den Beitrag. Endlich mal jemand der das Kind; bzw. die ordentlich gemolkene Kuh beim Namen und bei den Zahlen benennt.

<http://www.wz.de/lokales/kreis-mettmann/nachrichten-aus-velbert-neviges-und-wulfrath/wuelfrath-drk-sieht-schuld-immer-bei-anderen-1.2122693>

taz 18.02.2016

Angebliche Übergriffe im Flüchtlingsheim

„Wir nehmen die Vorwürfe sehr ernst“

Geflüchtete Frauen werfen Security-Mitarbeitern in Köln schwere sexuelle Übergriffe vor. Die Polizei ermittelt – bislang ergebnislos.

BERLIN taz | Die Vorwürfe sind enorm. In einer Flüchtlingsunterkunft in Köln soll es zu massiven sexuellen Übergriffen durch das Wachpersonal gekommen sein. So steht es in einem im Namen der Bewohnerinnen verfassten offenen Brief, der am Mittwoch bei einer Protestaktion von etwa 60 Geflüchteten vor der Kölner Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge verteilt wurde.

Es geht um die Zustände in der Notunterkunft in der Westerwaldstraße im Kölner Stadtteil Humboldt-Gremberg. In der Turnhalle, in der seit Anfang Dezember vergangenen Jahres Geflüchtete untergebracht sind, leben rund 200 Menschen – unter skandalösen Bedingungen, wie die anonymen AutorInnen des Briefes schreiben. Ganz besonders schlimm sei die Situation der Frauen.

Schwere Anschuldigungen werden gegen die eingesetzte neunköpfige Security-Crew erhoben. Die Sicherheitsleute filmten nicht nur Frauen „beim Stillen, beim Duschen und nachts beim Schlafen“ und würden ihnen Wohnungen als Gegenleistung für sexuelle Dienstleistungen versprechen. Sie zwängen die Frauen auch „mit Gewalt zum Geschlechtsverkehr“. So lauerten sie ihnen „auf, wenn sie von der Toilette im Außenbereich in die Turnhalle gehen wollen, lassen sie nicht hineingehen und versuchen sie dann zu vergewaltigen, während ein Teil der Gruppe Ausschau hält“. Das Gleiche spiele sich in den Duschen ab.

Die Sicherheitsmänner nähmen „die Frauen auch mit in ihre Räume, um dort Geschlechtsverkehr mit ihnen zu haben“, ist in dem Schreiben weiter zu lesen. Außerdem brächten sie nachts „andere Männer von außerhalb“ mit in die Einrichtung, „die die Kleidung der Security-Crew anziehen und zu den Frauen gehen“. Die betroffenen Frauen seien teilweise minderjährig.

Mehr als 50 Frauen ergebnislos vernommen

„Wir haben die Vergewaltigungen, den sexuellen Missbrauch und die Belästigungen schon vor vielen Wochen immer wieder beim Management der Turnhalle angezeigt, aber diese haben nichts dagegen unternommen“, heißt es in dem offenen Brief, den Mitglieder der UnterstützerInnengruppe „Dignity for Refugees Cologne“ verfasst haben. Laut einem Sprecher der Gruppe basiert er auf den Angaben von Frauen, die in der Flüchtlingsunterkunft untergebracht sind. „Die Informationen kommen von den Frauen“, versichert er der taz.

Stimmen die beschriebenen Vorfälle, würde es sich um einen Skandal handeln, wie er in diesem Ausmaß bislang in einer Flüchtlingsunterkunft in der Bundesrepublik einzigartig wäre. Allerdings haben sich die Angaben bisher nicht verifizieren lassen.

„Es handelt sich um Vorwürfe, die sehr ernstzunehmen sind“, sagte ein Sprecher der Kölner Polizei der taz. Deshalb sei umgehend eine Ermittlungsgruppe eingesetzt worden. Noch hätte sie jedoch keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die geschilderten Vorkommnisse tatsächlich stattgefunden haben.

Mehr als 50 Frauen, die derzeit in der Notunterkunft wohnen, seien bereits vernommen worden. „Darunter war bisher keine Frau, die selbst Opfer eines sexuellen Übergriffs oder Zeugin eines solchen war“, sagte der Sprecher. Es hätten sich bislang „keine konkreten Taten herauskristallisiert“. So hätte eine Frau zwar zunächst Angaben über eine sexuelle Belästigung gemacht. „In der Vernehmung stellten sich diese aber dann als Informationen vom Hörensagen heraus“, so der Polizeisprecher.

Weitere Ermittlungen

Die Stadt Köln teilte in einer Stellungnahme am Donnerstagnachmittag mit, weder beim zuständigen Wohnungsamt noch bei der **Heimleitung, die das Deutsche Rote Kreuz als Träger der Unterkunft eingesetzt** hat, lägen „bis dato Beschwerden oder Vorwürfe seitens der Bewohner zu sexuellen Übergriffen durch Mitarbeiter des Sicherheitspersonals, unerlaubten Filmaufnahmen oder ähnlichen Sachverhalten vor“. Die Untersuchungen würden jedoch fortgesetzt.

Der beschuldigte **Sicherheitsdienst Adler-Wache** betreut insgesamt 94 Flüchtlingsunterkünfte in Köln. Der Projektmanager der Firma wies die Anschuldigungen zurück. „Ich bin entsetzt über die Vorwürfe“, sagte er dem *Kölner Stadt-Anzeiger*. „Ich bin mir sicher, dass sie völlig haltlos sind.“

Der Sprecher von Dignity for Refugees Cologne hat weiterhin keine Zweifel, dass die Schilderungen in dem offenen Brief den Tatsachen entsprechen. Man müsse „überlegen, unter welchen Umständen die Frauen befragt wurden“. So sei die Polizei am Mittwoch mit einem Großaufgebot in der Turnhalle angerückt. Auch sei der Sicherheitsdienst weiter anwesend gewesen und es habe bei der Vernehmung der Frauen keine psychologische Betreuung gegeben. „Die Furcht ist sehr, sehr groß“, sagte der Sprecher. Für Samstag hat die UnterstützerInnengruppe eine Demonstration in der Kölner Innenstadt zur Unterstützung der Geflüchteten angekündigt.

taz 19.02.16

Vorwürfe gegen Wachpersonal in Köln

Frauen sagen aus

Bewohnerinnen eines Flüchtlingsheims beschuldigten den Sicherheitsdienst der sexuellen Belästigung. Jetzt sprechen sie auch mit der Polizei.

Sollen schützen, können aber auch bedrohlich wirken: Beschäftigte beim Sicherheitsdienst. Foto: dpa

KÖLN taz | Die Vorwürfe befanden sich zwei Tage im luftleeren Raum. Doch am Freitagnachmittag machten Frauen aus der Flüchtlingsunterkunft in Köln zu den angeblichen sexuellen Übergriffen Aussagen gegenüber der Polizei. „Wir überprüfen derzeit, ob es sich um Zeuginnen handelt oder ob ihr Wissen wieder nur vom Hörensagen stammt“, sagte ein Polizeisprecher der taz. Zum Inhalt der Aussagen konnte er keine Angaben machen.

Die Befragungen wurden in separaten Räumen durchgeführt, „ohne, dass Dritte zuhören oder zusehen können“, sagte der Sprecher. Die Befragungen würden hauptsächlich durch Beamtinnen und Dolmetscherinnen durchgeführt.

Anlass ist der Vorwurf von Frauen aus der Unterkunft, Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes hätten Bewohnerinnen unter anderem im Duschaum sexuell belästigt. Die Vorwürfe hatte die Unterstützerguppe „Dignity for Refugees“ öffentlich gemacht. Die autonome Gruppe hatte den Flüchtlingen beim Aufsetzen eines offenen Briefes geholfen.

Frauen halten Vorwürfe aufrecht

Es sei ihr Ziel gewesen, für die Aussagen der Frauen einen geschützten Raum zu schaffen, sagte ein Sprecher von „Dignity for Refugees“ gegenüber der taz. Ausschlaggebend für den Schritt in die Öffentlichkeit sei ein Hungerstreik gewesen, in den einige Bewohner der Unterkunft vor einer Woche getreten waren.

Im Verlauf des Donnerstags waren erhebliche Zweifel an der Version der Frauen und an den Motiven von „Dignity for Refugees“ aufgekommen. Denn eine erste Befragung von über 50 Bewohnerinnen durch die Polizei hatte keine Hinweise auf Opfer oder Zeugen von sexuellen Übergriffen ergeben. Dennoch hielten drei Frauen bei einem Treffen mit Journalistinnen am Donnerstagabend die Vorwürfe aufrecht. Bei dem Treffen in einem Hinterzimmer eines Kulturzentrums in Köln Mülheim, war gar die Rede von einer versuchten Vergewaltigung an einer 16-Jährigen, wie der *Kölner Stadt-Anzeiger* berichtete.

Ombudsmann für Flüchtlinge gefordert

Während des Gesprächs mit den Journalistinnen am Donnerstag hatten die Frauen es weiterhin abgelehnt, mit der Polizei zu reden. „Aus Scham und aus Angst vor Gerede“, wie es in dem Bericht heißt.

Auch die Stadt Köln will Konsequenzen aus den Vorwürfen ziehen. So habe sich Oberbürgermeisterin Henriette Reker dafür ausgesprochen, einen Flüchtlings-Ombudsmann einzusetzen. „Die Stelle soll auch nicht bei der Verwaltung, sondern beim Kölner Flüchtlingsrat liegen“, sagte Stadtsprecher Gregor Timmer. Claus Ulrich Pröls vom Flüchtlingsrat begrüßt diese „überfällige Entscheidung“. Er bezweifelt aber, dass bei der großen Anzahl von Unterkünften und Flüchtlingen eine Stelle ausreicht.

taz 22.02.2016

Flüchtlinge in Köln

Erschöpft und aufgeschreckt

Haben Wachleute in einer Kölner Notunterkunft Flüchtlingsfrauen permanent sexuell belästigt? Zwei Frauen haben nun Anzeige erstattet.

KÖLN taz | Der Blick durch ein schmales Fenster in die Turnhalle verrät so etwas wie Normalität inmitten der Ausnahmesituation. In der Flüchtlings-Notunterkunft Westerwaldstraße im Kölner Stadtteil Humboldt-Gremberg spielen drei-, vielleicht vierjährige Jungs Fußball zwischen den Feldbetten. Männer laufen mit Kindern auf den Schultern umher, Frauen in bunten Kleidern. Dazwischen patrouillieren zwei Sicherheitsmänner in Warnwesten. Ein breitschultriger Glatzkopf und ein großer schmaler Mann mit dunklen Haaren sind in dem Ausschnitt, den das Fenster freigibt, erkennbar.

Doch der Schein trügt. An diesem Freitagmorgen ist vor der Halle die Kriminalpolizei vorgefahren, die Sozialdezernentin der Stadt, Gabriele Klug, ist ebenso anwesend wie Kölns DRK-Chef Marc Ruda und Josef Ludwig, Leiter des Amtes für Wohnungslose. Sie alle sind seit Mittwochabend aufgeschreckt, als etwa siebzig der hier seit Dezember untergebrachten Geflüchteten zusammen mit Aktivisten einer Unterstützerguppe zur Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zogen. Dort übergaben sie regelrechte Anklageschriften.

„Wir können so nicht mehr weiterleben!“, heißt es in einem offenen Brief. Beengte Unterbringung, fehlende Privatsphäre, kaum sanitäre Anlagen, Schmutz, Mangelernährung, Besuchsverbot, fehlende medizinische Versorgung, keine Registrierung – die Liste ist lang und drastisch. Allein wären diese Vorwürfe wohl trotzdem untergegangen. Selbst viele Flüchtlingshelfer haben sich schon an Meldungen über Missstände in

Notunterkünften, an das Behördenversagen etwa des Berliner Lageso, ja auch an die immer neuen Meldungen über Brandstiftungen gewöhnt.

Besonderes Aufsehen erregt dagegen ein zweiter Brief, verfasst von den Frauen aus der Unterkunft. Darin werfen sie dem Sicherheitspersonal systematisch begangene sexuelle Übergriffe vor. Die Mitarbeiter der Firma „Adler-Wache“ beziehungsweise eines Subunternehmens sollen Frauen „beim Stillen, beim Duschen und nachts beim Schlafen“ gefilmt haben. Weiter heißt es, „sie ziehen Ehepaaren nachts die Decke weg, wenn sie darunter nackt und intim sind“. Von Vergewaltigungen ist die Rede. Frauen sollen durch psychischen Druck und durch Versprechen – etwa auf eine Wohnung – zum Sex genötigt worden sein.

„Behauptungen von Behauptern“?

In einem Gang der Sporthalle zwischen Flüchtlingen auf ihrem Weg zur Morgentoilette und Kindern auf Buggys steht Sozialdezernentin Gabriele Klug von Bündnis 90/Grüne und sagt: „Die Vorwürfe sind bislang haltlos.“ Sie verweist auf die ersten Befragungen von über fünfzig Frauen, die in der Nacht und am Donnerstag von Polizisten unternommen wurden und keine verwertbaren Aussagen ergaben. Klug betont: Weder sie selbst noch die Heimleitung kenne die Unterstützergruppe der Flüchtlinge. Und ihr Sprecher ergänzt, es handele sich um „Behauptungen von Behauptern“.

DRK-Chef Marc Ruda ist aufgeschreckt, will eigentlich nichts sagen, sagt dann aber doch, dass „bei allen objektiven Missständen“ der Massenunterkunft Klagen über das Essen und die Sauberkeit „nicht gerecht“ seien. Klar wird: Die Verantwortlichen nehmen die Vorwürfe ernst. **Künftig** soll sich eine **Ombudsfrau um Beschwerden** von Flüchtlingen kümmern.

Die Wachleute sollen Frauen „beim Duschen und Schlafen“ gefilmt haben

Äußerlich erscheint die Sporthalle des Berufs-Kollegs Georg-Simon-Ohm-Schule in einem guten Zustand. Die Wände leuchten hell, das Rondell zwischen der Halle und den Schulgebäuden ist sauber. Erst vor drei Jahren wurde der Komplex renoviert. Doch Bilder aus der Halle zeigen: **Die Betten der 196 hier untergebrachten Flüchtlinge, allesamt Familien, stehen dicht an dicht, Trennwände fehlen. In den Gängen stapeln sich Müllsäcke, die Sanitärräume sind schmutzig. Ein tristes Leben.**

Ein Ort der Abgehängten

Auch rings um die Schule im Viertel Humboldt-Gremberg, das zu Köln-Kalk gehört, ist die Realität eher düster. In den sechziger Jahren noch Standort großer Industriebetriebe samt Arbeiteraristokratie, ist der Stadtteil inzwischen eher ein Ort der Abgehängten und Armen. Gleichzeitig ist Kalk seit jeher der Stadtteil, der viele der in Köln strandenden Migranten aufnimmt.

Heutzutage wohnen hier viele Sinti und Roma, auch die marokkanische Community ist groß. In der Taunusstraße, die vom S-Bahnhof Trimbornstraße zur Unterkunft führt, reihen sich marokkanische Reisebüros an marokkanische Kunsthandwerks- und Import-Export-Geschäfte. Seit den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht hat es hier schon mehrere Razzien gegeben.

Vier S-Bahn-Stationen entfernt, auf der anderen Rheinseite, befindet sich der Stadtteil Ehrenfeld, ebenfalls stark durch Zuwanderer geprägt. Im türkischen Restaurant Tadim Damak hat Jan Schröder einen Tee bestellt. Der Aktivist mit den hochgesteckten Haaren sieht ob seines fehlenden Bartwuchses deutlich jünger aus, als er es mit seinen 25 Jahren ist. Er ist Teil der Unterstützergruppe, die sich „Dignity for Refugees Cologne“ nennt.

Enorme Sprachbarrieren

Erst vor anderthalb Wochen sei der Kontakt zu einem der Geflüchteten aus der Unterkunft entstanden, erzählt Schröder. Dieser habe sie beim Verteilen von Flyern angesprochen. Bei einem Treffen zwei Tage später habe ein Flüchtling berichtet, dass **etwa die Hälfte der Erwachsenen der Unterkunft in den Hungerstreik getreten sei**. Von da an ging es Schlag auf Schlag. „Es gab ein Treffen mit den Sprechern, um die benannten Missstände ins Deutsche zu übersetzen“, erzählt Schröder.

Dabei räumt Schröder ein, dass die Sprachbarrieren groß seien, teilweise über Ecken vom Arabischen ins Kurdische, dann weiter ins Türkische und schließlich ins Deutsche übersetzt werden musste. „Die wesentlichen Vorwürfe stimmen aber“, gibt sich Schröder überzeugt. Dies gelte auch für den später eigens von den Frauen verfassten Brief, der die sexuellen Übergriffe benennt.

Doch Zweifel bleiben. Warum hat keine der Frauen die Vorwürfe bisher gegenüber der Polizei bestätigt? Schröder zufolge hätten die Flüchtlinge nach der Demo erst den Rückweg in die Halle angetreten, als das Gerücht umging, der Sicherheitsdienst wäre ausgetauscht worden. Dann seien noch am Abend acht Mannschaftswagen der Polizei vorgefahren, wo die Beamten mit den Befragungen begonnen hätten.

Schlechte Erfahrungen mit Polizei

„Das ist kein geschützter Raum, in dem Frauen über sexualisierte Gewalt sprechen“, kritisiert Schröder. Viele hätten in anderen Ländern schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht: Folter, Küstenwache, Grenzschutz. Am Vorabend hatten dagegen einige Flüchtlinge mit ausgewählten Medienvertreterinnen gesprochen: über die versuchte Vergewaltigung einer 16-Jährigen, über Sicherheitsleute, die Frauenduschen betreten, über Aufforderungen zum Sex.

In der Unterkunft seien die Befragungen zunächst auch von männlichen Beamten und Dolmetschern vorgenommen worden, bestätigt Thomas Held, Sprecher der Kölner Polizei am Telefon. Dies sei nach Bekanntwerden der Vorwürfe in einer „Ad-hoc-Situation“ geschehen. Nun seien aber zwei Räume in der Halle eingerichtet worden, in denen vorwiegend weibliches Personal mit den Betroffenen spreche. Auch eine Gerichtshelferin und eine Mitarbeiterin des Weißen Rings seien dort.

Während Jan Schröder erzählt, klingelt sein Telefon. Einige Minuten läuft er vor der Theke mit den Lamacun auf und ab, dann kommt er zurück und kann sich ein Lächeln nicht verkneifen. „Vier Frauen haben jetzt Aussagen bei der Polizei gemacht“, sagt er. Ab Montag sollen sie nicht mehr in der Turnhalle untergebracht werden, auch gebe es nun Befragungen einzelner Sicherheitsmitarbeiter. Schröder weiß, mit der Glaubwürdigkeit der Anschuldigungen, dass die Frauen sexuell belästigt worden seien, steht und fällt ihre ganze Kritik an der Unterbringung. „Alle fokussieren sich auf die sexuellen Übergriffe.“ Schröder war ernsthaft überrascht, als er das sagte. Zu wichtig sind ihm auch die anderen Aspekte.

Ein geschulter Politaktivist

Erst als Schröder aufbrechen muss, fällt ihm noch etwas ein: „Der deutsche Staat und die Nato sind an den Kriegen und der ökonomischen Zerstörungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge beteiligt.“ Mehrfach spricht er vom „politischen Kampf“ und ihren gemeinsamen Interessen mit den Flüchtlingen. Erst jetzt zeigt sich, dass Schröder ein geschulter Politaktivist ist. Auf Nachfrage bestätigt er seine Mitgliedschaft in der Roten Aktion Köln, einer kommunistischen Jugendgruppe, die die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt noch nicht aufgegeben hat und sich sehr für die Kämpfe der Kurden und Palästinenser interessiert.

Es ist dasselbe Umfeld, in dem sich Ivana Hoffmann bewegte, eine junge Duisburgerin, die vor einem Jahr aufseiten der Kurden in den Kämpfen mit dem IS ihr Leben verlor. Schröder und seine Mitstreiter nehmen ihre Sachen ernst. „Studium, Arbeit und vieles andere ist derzeit auf Eis gelegt“, sagt er über den Dauereinsatz der etwa zehn Aktiven.

Am Samstagvormittag auf der Domplatte vor dem Hauptbahnhof sind die Unterstützer ratlos. Etwa zwanzig von ihnen sind schon eine Viertelstunde vor Demobeginn da, überwiegend junge Leute in schwarzen Jacken, einige mit Palitüchern oder Schals in den kurdischen Farben. Gemeinsam mit den Geflüchteten wollten sie hier erneut auf die Straße gehen, doch von denen ist niemand erschienen. Offenbar führt die Polizei genau zu diesem Zeitpunkt erneut Befragungen in der Unterkunft durch. Bald steht der Entschluss fest: Die Demonstration wird verlagert.

Die Nerven liegen blank

Anderthalb Stunden später stehen etwa hundert Menschen in der Nähe des S-Bahnhofs Trimbornstraße. Mit Rufen geht es zur Notunterkunft. Einige Flüchtlinge kommen heraus, andere werden von einer Mitarbeiterin der „Adler-Wache“ abgehalten und zurückgeschickt. Eine ältere Frau in einer viel zu großen Steppjacke spricht auf Arabisch durch ein Mikrofon: „Wir sind alle vor dem Krieg geflohen, jetzt wissen wir nicht, was uns passiert.“ Sie wird immer lauter, immer schneller. Eine Dolmetscherin übersetzt. „Wir haben alle psychische Belastungen. **Im Lager gibt es keine Privatsphäre, auch nicht beim Versorgen der Kinder.**“

Auch andere Flüchtlinge können kaum abwarten, an das Mikrofon zu treten. Explizite Vorwürfe erheben sie nicht, stattdessen danken sie den Unterstützern, sprechen von neuem Mut. Für die Menschen aus der Unterkunft, alle aus Syrien, Afghanistan, Iran und Irak, ist es ein Schritt aus der Isolation. **Drei Monate sind die meisten mittlerweile hier, ohne Informationen zu ihrem Asylverfahren, ohne Kontakt nach draußen.**

Die Menschen können es hier kaum mehr aushalten. Ein junger Syrer erzählt von den Kindern, die bereits gewalttätig würden.

Am Rande bemerkt eine junge Frau aus dem syrischen Latakia, dass **Sicherheitsmänner nachts um Betten herumschleichen**. Mehr will sie nicht sagen. Ein Familienvater aus Afghanistan sagt: „Die Frauen besprechen diese Dinge untereinander. Alles ist möglich.“ Nach einem Seufzer: „Es ist gut, dass ich nichts weiß.“

Am Sonntag bestätigt die Kölner Polizei, dass sie in zwei Fällen ermittelt. Die Frauen haben Vorfälle geschildert, „die von strafrechtlicher Relevanz sind“, es gehe um „Beleidigungen auf sexueller Basis“. Sie haben Anzeige erstattet.

WDR Nachrichten 13.07.2016, 13:58

Bad Berleburg: Urteil gegen Ex-Security-Männer

Das Amtsgericht Bad Berleburg hat am Mittwoch (13.07.2016) zwei Ex-Security-Mitarbeiter der Flüchtlingsunterkunft in Bad Berleburg verurteilt - wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung. Sie hatten laut Gericht einen Flüchtling misshandelt.

Im September 2014 waren die Sicherheitsleute gerufen worden, als es Streit zwischen Asylbewerbern gab. Daraufhin lief ein Flüchtling weg. Die Wachmänner verfolgten ihn, brachten ihn zu Fall. Einer saß auf seinen Beinen, damit er nicht weglaufen konnte. Der andere stieg auf den Rücken des Flüchtlings und schlug seinen Kopf zu Boden. Das Gericht bewertete noch einen weiteren Fall: Der Hauptangeklagte hatte dort einen Flüchtling mit einem Auto in den Wald verfolgt und ihn dann geschlagen. Der bereits vorbestrafte Hauptangeklagte muss für 22 Monate ins Gefängnis, der Mittäter erhielt 7 Monate auf Bewährung.

[rbb|24](#)

Thema Flüchtlinge in Brandenburg

Video: Brandenburg aktuell | 20.07.2016 | Thomas Heinloth

Mitarbeiter erheben schwere Vorwürfe – Verdacht: Sexueller Missbrauch im DRK-Flüchtlingsheim

20.07.16 | 20:44 Uhr

Ein Mitarbeiter des DRK-Flüchtlingsheims in Potsdam soll weibliche Flüchtlinge sexuell belästigt haben - und die Heimleitung habe das vertuscht. Diesen Vorwurf erheben Mitarbeiter des Heimes. Das Deutsche Rote Kreuz nimmt die Vorwürfe sehr ernst und hat die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Das Innenministerium drängt auf schnelle Aufklärung. Mitarbeiter der vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) geführten Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Potsdam erheben ***schwere Vorwürfe gegen die Hausleitung***. In einem ***anonymen Brief an die DRK-Spitze im Land und im Bund werfen die Mitarbeiter einem Kollegen vor, weibliche Flüchtlinge sexuell bedrängt zu haben***. Außerdem würden auch Arbeitskollegen sexuell belästigt und verhöhnt, heißt es weiter in dem Schreiben, dass dem rbb vorliegt. Schlimmer noch: ***Diese Vorkommnisse seien der Leitung der Ersthilfeeinrichtung zwar bekannt, aber vertuscht worden***. Nach Informationen des rbb vom Mittwoch hat das DRK den Brief an die Staatsanwaltschaft Potsdam weitergeleitet. Sie soll nun prüfen, ob sich Heimmitarbeiter möglicherweise strafbar gemacht haben.

Mehr zum Thema

[Nach Übergriffsvorwürfen gegen Dolmetscher - Erstaufnahme-Betreiber DRK steht in der Kritik](#)

Beschuldigter Mitarbeiter ist krankgeschrieben

Beim DRK-Landesverband ist man alarmiert und hat eine interne Untersuchung der Vorwürfe eingeleitet. Der Leiter der Einrichtung befindet sich mittlerweile im Urlaub, der beschuldigte Mitarbeiter ist krankgeschrieben. "Es ist sichergestellt, dass dieser Mitarbeiter diese Einrichtung nicht betritt, bevor nicht alle Vorwürfe aufgeklärt sind", sagte Frank Hülsenbeck vom DRK-Landesverband dem rbb-Nachrichtenmagazin Brandenburg aktuell. Auch das Innenministerium in Potsdam hat sich eingeschaltet. "Wir nehmen diese Vorwürfe sehr ernst und haben das DRK aufgefordert, uns bis Freitag in einer ersten Berichterstattung Prüfergebnisse mitzuteilen", sagte Sprecher Ingo Decker. Zuvor hatte die "Märkische Allgemeine Zeitung" (Mittwochsausgabe) über den Fall berichtet. Demnach **prangerten die Mitarbeiter auch mangelnde Hygiene- und Seuchenvorsorge an und äußerten Kritik an Sicherheitsstandards. So seien die Mitarbeiter beim Ausbruch von Tuberkulose und Krätze nicht genügend geschützt und informiert worden**, berichtet das Blatt. Zudem habe die **Hausleitung sie angewiesen, die Schränke der Flüchtlinge auf Waffen zu durchsuchen. Diese Aufgabe müsse jedoch die Polizei übernehmen**, argumentierten sie.

Schon einmal gab es sexuelle Nötigungen in einem DRK-Heim

Das DRK als Erstaufnahme-Träger war bereits Anfang des Jahres in die Schlagzeilen geraten. In Eisenhüttenstadt soll eine Kenianerin von drei afghanischen Flüchtlingen vergewaltigt worden sein. Ein libanesischer Dolmetscher soll mehrere freiwillige Helferinnen sexuell genötigt und beleidigt haben. Dazu lägen vier Anzeigen vor. Das DRK hatte damals Fehler und organisatorische Missstände eingeräumt.

Quelle: rbb|24 - <http://www.rbb-online.de/politik/thema/fluechtlinge/brandenburg/2016/07/schwere-vorwuerfe-gegen-drk-erstaufnahme-in-potsdam.html> © 2016

[Lokalnachrichten](#) » [Kreis Warendorf](#) » [Warendorf](#) 28.07.2016 14:28

Von: wild@die-glocke.de

Betroffene werfen DRK Vertuschung vor

Warendorf (pw) - Mit Vorwürfen gegen führende Köpfe des DRK Warendorf haben am Donnerstag weitere Zeugen auf den „Glocke“-Artikel reagiert, in dem über angebliche **sexuelle Kontakte von Mitarbeitern der DRK-Flüchtlingshilfe auch zu Bewohnern in den Notunterkünften** berichtet wurde.

Hat es in Notunterkünften (Symbolbild) der Stadt Warendorf sexuelle Kontakte zwischen Betreuern und Flüchtlingen gegeben und wurde die DRK-Führung darüber informiert, ohne Konsequenzen zu ziehen? Betroffene erheben schwere Vorwürfe, das DRK will in Kürze eine Stellungnahme dazu abgeben.

Ein Mann und eine Frau, die selbst mit Beschuldigten liiert sind, bestätigen schriftlich gegenüber der „Glocke“ und dem DRK-Geschäftsführer Jens Peters die Angaben eines bislang anonymen Beschwerdeführers, der mit seiner E-Mail am Dienstag die Vorwürfe öffentlich gemacht hatte.

Demnach soll sich eine in den Schreiben namentlich genannte DRK-Mitarbeiterin nicht nur mit einem ebenfalls in der Flüchtlingshilfe angestellten Kollegen, sondern auch mit mehreren Flüchtlingen eingelassen haben. Darauf seien sowohl der Geschäftsführer des DRK als auch der Leiter der Notunterkünfte und damit direkte Dienstvorgesetzte der beschuldigten Personen mehrfach und bereits seit Monaten hingewiesen worden.

Dass Peters in einer Stellungnahme gegenüber der „Glocke“ den Ehemann einer Mitarbeiterin als Urheber des anonymen Schreibens vom Dienstag vermutete, hat diesen derart geärgert, dass er jetzt auspackte und „Ross und Reiter“ nannte. Er habe sich mehrfach mit korrekter Identität über die Zustände in den Notunterkünften bei den Verantwortlichen beschwert und habe es nicht nötig, anonyme Briefe zu schreiben.

Die Äußerungen von Peters seien „ein schäbiger Versuch des DRK, Wahrheiten und Ungereimtheiten in der DRK-Flüchtlingshilfe zu vertuschen und geschehene Vorfälle nach außen abzuschirmen“. Aus seiner Sicht sind die genannten „Aktivitäten von einigen Flüchtlingshelfern kein offenes Geheimnis mehr und stoßen bei vielen korrekt arbeitenden Mitarbeitern nachweislich auf Widerstand“.

Ins gleiche Horn stößt die Frau eines DRK-Mitarbeiters: „Das DRK versucht diese Tatsachen zu verheimlichen und unter den Tisch zu kehren.“

Der DRK-Ortsverein ist von der Stadt Warendorf mit der Betriebsführung der Notunterkünfte, die von der Bezirksregierung Münster eingerichtet wurden, beauftragt worden. Peters und DRK-Vorsitzender Hubert Lehmkühler hatten in einer Stellungnahme am Dienstag die Vorwürfe als haltlos bezeichnet und ihren Mitarbeitern „die erforderliche professionelle Distanz“ bescheinigt.

Die am Donnerstag erhobenen neuen Vorwürfe wollte Peters erst kommentieren, wenn er mit allen Beteiligten intensiv gesprochen habe. Er kündigte eine Stellungnahme für die nächsten Tage an.

<http://www.die-glocke.de/lokalmeldungen/kreiswarendorf/warendorf/Betroffene-werfen-DRK-Vertuschung-vor-66c81dd7-0283-4118-9435-5100837bb6a7-ds>

ak(duell) studentische zeitung für duisburg, essen und das ruhrgebiet, aug. 2016

Burbach: Schleppende Aufklärung

von [Gastautor_in](#) Jana Klein

Das mutmaßliche Opfer im Gespräch mit der aktuell. (Foto: Jana Klein)

Wieder hat es in der Burbacher Erstaufnahmeeinrichtung Übergriffe von Personal auf Geflüchtete gegeben. Die Aufklärung kommt seit zwei Monaten nur schleppend voran. Das liegt mutmaßlich nicht nur an mäßigem Interesse seitens der Strafverfolgung, sondern auch daran, dass hinter einigen Mitarbeiter_innen des Heims ein Rocker_innennetzwerk steht.

Von Gastautorin Jana Klein

Die Liste der Vorwürfe, die Mitarbeiter_innen der EAE Burbach bei Siegen gemacht werden, wird immer länger. Systematisch sollen sich Securitys alleinstehende Frauen untereinander aufgeteilt und zugeschanzt haben. Es steht der Verdacht im Raum, dass sie mit Alkohol und falschen Versprechungen hinsichtlich ihrer Asylverfahren gefügig gemacht worden sind. Mindestens ein Fall einer Entführung mithilfe von K.O.-Tropfen und Vergewaltigung ist zudem Gegenstand von Recherchen und Ermittlungen – bei Polizei, Presse und einer von der Bezirksregierung eingerichteten „Task Force“.

Öffentlich bekannt geworden waren die Vorwürfe Ende Juni, als zwei Zeugen aus dem Heim gedrängt und schließlich in Bonn auf der Straße gestrandet waren. Da liefen bereits seit drei Wochen polizeiliche Ermittlungen, ins Rollen gebracht durch einen Whistleblower, der für die Bezirksregierung Arnsberg in der Einrichtung tätig war. Die beiden albanischen Brüder, die anschließend vom Verein Refugees Welcome Bonn untergebracht wurden, berichteten von den Burbacher Zuständen, einer will zudem Augenzeuge des Angriffs mit K.O.-Tropfen gewesen sein. aktuell konnte mit den Brüdern, der Geschädigten, dem Mitarbeiter der Bezirksregierung sowie mit weiteren Zeugen sprechen. Einstimmig zeichnen sie ein düsteres Bild von der Situation im Heim, die von Recherchen gestützt wird. Neben verwaltungstechnischer Willkür und dem systematischen Unterlaufen auferlegter Sicherheitsregeln scheint das Heim in die Fänge organisierter Kriminalität geraten zu sein.

Ziehen Rechte und Rocker_innen die Fäden?

Einige der Täter_innen und Mitwisser_innen, die für das Deutsche Rote Kreuz in der Heimleitung oder für die Siegener Security-Firma BEWA in Burbach tätig sind, stehen zusätzlich noch über einen rechten Motorradclub zueinander in Verbindung. Die Rocker_innen, die sich „Iron Order“ zurechnen, posieren im Internet in Kutten und mit einschlägigen Symbolen, viele von ihnen tragen zudem offen ihre rechtsradikale und rassistische Gesinnung zur Schau. Der aus den USA stammende Club rekrutiert sich vornehmlich aus Mitarbeiter_innen von Security, Justizvollzug, Polizei und Militär. Es steht dort immer wieder der Verdacht im Raum, dass kriminelle Machenschaften durch Kontakte in die Strafverfolgung gedeckt worden sein könnten. Mitarbeiter_innen der Firma und des Burbacher Heims zeigen sich bei Facebook mit rechten Tätowierungen, verteilen Likes bei NPD und AfD, man positioniert sich gegen die Geflüchteten, zu deren Wohl man eigentlich arbeitet, oder für Putins Russland. Die Bezirksregierung hat inzwischen eingeräumt, dass die umfassenden Checks, denen die Mitarbeiter_innen ihrer Einrichtungen unterzogen würden und

wegen derer sie die Vorwürfe zunächst vorsichtig zurückgewiesen hatte, sich nicht auf Facebookprofile bezögen. Es liegen Screenshots vor, die Kontakte führender Securitys und Rocker_innen zu Siegerner Polizeibeamten belegen.

Mauern und Vertuschen

Mit Rechercheergebnissen konfrontiert, prüft die Siegerner Polizei gegenwärtig die Aufnahme eines Verfahrens wegen der Vortäuschung von Straftaten. Den beiden Zeugen seien in Burbach laut Eigenaussage SIM-Karten in ihr Gepäck geschmuggelt worden, ehe eine polizeiliche Durchsuchung veranlasst wurde. Daran anschließend war aber kein Verfahren eröffnet worden, vor Ort sei kein Verdacht einer Straftat für die Polizei feststellbar gewesen. Auch da dies mutmaßlich nicht der einzige Versuch war, den Zeugen Straftaten unterzujubeln, und weil nach Bekanntwerden der Vorwürfe nachweisliche Falschbehauptungen zur Diskreditierung von Zeug_innen und Whistleblower aufgestellt worden sind, dürfte nun dem Verdacht von Straftaten mit Verdunklungsabsicht nachgegangen werden. Dazu passt, dass die Securityfirma ihre Facebook-Seite deaktiviert und Mitarbeiter_innen ihre Arbeitsplatzangaben entfernt haben, als sie von den Social-Media-Recherchen erfuhren.

Ähnliche Vorwürfe gegen DRK in Warendorf bei Münster

Bereits 2014 hatte es in Burbach und im benachbarten Bad Berleburg einen Skandal wegen Übergriffen auf Heimbewohner_innen gegeben. Vor kurzem kam es in einem ersten **Gerichtsverfahren zu zwei Verurteilungen. Die Prüfung aller Vorwürfe und Vorgänge, der Anzahl nach dreistellig, nähert sich dem Abschluss, allerdings wird davon ausgegangen, dass viele Zeug_innen Deutschland bereits verlassen haben.** Zwischen der DRK-Heimleitung und der BEWA-Security hat es in der Region fragwürdige Personal-Rotationen gegeben, ein früherer DRK-Leiter musste die Einrichtung nach Bekanntwerden sexueller Kontakte zu einer Asylbewerberin verlassen. **Ähnliche Vorwürfe wie in Burbach wurden nun gegen das DRK in Warendorf bei Münster laut.** Außerdem ging das **Siegerner Jugendamt kürzlich dem Verdacht von Kinder- und Jugendprostitution in der Notunterkunft Siegen** nach, einem Ort, an dem auch die BEWA eigentlich hätte für Sicherheit sorgen sollen.

WAZ 25.08.2016 | 09:00 Uhr

Anklage

Notunterkunfts-Leiter soll Syrerin (22) in Meschede vergewaltigt haben

In der Jugendherberge in Finnentrop-Heggen leben seit 2015 Flüchtlinge. Hier lernten sich der damalige Heimleiter und die syrische Asylbewerberin kennen.

Meschede. Vier Vergewaltigungen einer 22-jährigen Asylbewerberin aus Syrien wirft die Staatsanwaltschaft Arnsberg einem 50 Jahre alten Mann aus Meschede vor. Er hatte sie als Leiter einer Notunterkunft kennen gelernt.

Eine 22 Jahre alte Asylbewerberin aus Syrien soll in Meschede mehrmals vergewaltigt worden sein. Besonders brisant an dem Fall: Der mutmaßliche Täter ist Leiter einer Notunterkunft für Asylbewerber gewesen. Dort lernte er die Frau kennen. Der 50-jährige Mescheder sitzt in Untersuchungshaft. Er streitet die Vergewaltigungen ab. Die Frau hatte ihn nach einer Abtreibung angezeigt.

Die Staatsanwaltschaft Arnsberg bestätigt auf Anfrage unserer Zeitung die Ermittlungen. Der Prozess gegen den Mann wird in den nächsten Monaten vor dem Landgericht Arnsberg stattfinden. Seit letztem Monat liegt die Anklage vor. Die Staatsanwaltschaft wird ihm vier Vergewaltigungen vorwerfen. Es wird ein schwieriges Verfahren werden: „Die Schilderungen gehen diametral auseinander“, sagt Oberstaatsanwalt Werner Wolff gegenüber unserer Zeitung.

Hilfe bei Anträgen

Beschuldigt wird ein 50-Jähriger, der in Meschede wohnt. Seine Wohnung soll auch der Tatort gewesen sein. Der Mann ist niederländischer Staatsangehöriger, die Staatsanwaltschaft bemüht sich derzeit, bei den

niederländischen Behörden mehr über ihn zu erfahren. Bis Anfang dieses Jahres war der Mann Leiter einer Notunterkunft für Asylbewerber in Finnentrop-Heggen.

Die Syrerin war gemeinsam mit Verwandten nach Deutschland gekommen. In der Notunterkunft in Heggen hatte das Verhältnis zwischen dem Leiter und der 22-Jährigen begonnen. Das, so Oberstaatsanwalt Wolff, habe der Mann inzwischen auch eingeräumt.

Nach bisherigen Ermittlungen hat der Mann die Frau dann zu sich mit in seine Wohnung nach Meschede genommen: Angeblich soll er ihr angeboten haben, ihr bei der Antragstellung auf Zuteilung einer eigenen Wohnung helfen zu wollen. Bis das geregelt sei, sollte die Frau bei ihm leben.

In Meschede gelebt

Die Frau zog aus der Notunterkunft aus und wohnte dann über Monate bei ihm in Meschede. Zwischen Januar und März sollen sich dann in der Wohnung des 50-Jährigen die Vergewaltigungen ereignet haben. Im Februar war der Vertrag des Mannes als Leiter der Notunterkunft normal ausgelaufen, er arbeitete allerdings noch weiter für die Einrichtung.

Falscher Dokortitel

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft bestreitet der Mann die Vergewaltigungsvorwürfe: Der Sex zwischen ihnen sei einvernehmlicher Geschlechtsverkehr gewesen. **Die Frau wurde schwanger. Wegen Beschwerden musste sie in ärztliche Behandlung, die Schwangerschaft musste wegen der Beschwerden abgebrochen werden. Nach der Abtreibung ging die Frau im April zur Polizei und zeigte den Mann wegen Vergewaltigungen an. Aufgrund der Untersuchungen des Fötus steht der 50-Jährige als Vater fest, bestätigt die Staatsanwaltschaft.**

Mit verhandelt wird bei dem Prozess eine zweite Anklage: Dem 50-Jährigen wird auch Missbrauch von Titeln vorgeworfen – er soll sich in E-Mails fälschlicherweise als Doktor der Medizin bezeichnet haben. Die Hintergründe dafür sind noch unklar.

Jürgen Kortmann

<http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-meschede-eslohe-bestwig-und-schmallenberg/notunterkunfts-leiter-soll-syrerin-22-in-meschede-vergewaltigt-haben-id12130637.html#plx2144563045>

[Kölner Stadt-Anzeiger](#) 25.08.16, 12:47 Uhr

Anklage

Leiter einer Notunterkunft soll Asylbewerberin vergewaltigt haben

Finnentrop -

Ein ehemaliger Leiter einer Notunterkunft für Flüchtlinge im sauerländischen Finnentrop soll eine Asylbewerberin mehrfach vergewaltigt haben.

Eine entsprechende Anklage liege seit kurzem vor, sagte ein Sprecher des Landgerichts in Arnsberg am Donnerstag. Zuvor hatte die „Westfalenpost“ darüber berichtet. Der 50 Jahre alte Mann aus Meschede sitzt seit Mitte Juni wegen der Vorwürfe in Untersuchungshaft.

Er soll während seiner Tätigkeit in der Notunterkunft die 22 Jahre alte Frau aus Syrien kennengelernt haben. Später soll die Frau zu ihm gezogen sein. In der Wohnung des Mannes soll es dann zu sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen gekommen sein.

Ein Termin für einen Prozess gegen den Mann stehe noch nicht fest, sagte der Gerichtssprecher. (dpa)

Quelle: <http://www.ksta.de/24645218> ©2016

[Kölner Stadt-Anzeiger](#) 01.09.16, 18:51 Uhr

Vorfall in Olpe

Flüchtlinge mussten Auto des Helfers waschen

Von [Christina Michaelis](#) und [Fabian Klask](#)

Quelle: <http://www.ksta.de/24681330> ©2016

Köln. Die Vorwürfe gegen die frühere Leitung der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Olpe wiegen schwer.

Ein Mitarbeiter des Sozialdienstes, der sich von Flüchtlingen sein Auto waschen ließ und diese Stunden über gemeinnützige Arbeit abrechnete, manipulierte Stundenzettel, unterdrückte Meldungen über häusliche und sexuelle Gewalt, ein verschwiegener Fall von Windpocken, Verstöße gegen Hygienevorschriften – die Aufzählung der Anschuldigungen umfasst drei DIN-A4-Seiten.

Polizei in NRW Angriffe auf Flüchtlingsheime werden nur selten aufgeklärt

Sie stammt aus einem Urteil des Arbeitsgerichts Siegen vom Dezember 2015, das dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vorliegt. Auf die darin geschilderten Missstände in der Einrichtung hatte ursprünglich zunächst intern eine Ex-Mitarbeiterin der DRK-Betreuungsdienste Westfalen-Lippe hingewiesen – sie klagte später auf Unwirksamkeit ihrer Kündigung.

Die im Dokument aufgeführten Geschehnisse in Olpe, die auch das DRK teilweise für richtig hält, sind kein Einzelfall. In den vergangenen Jahren waren immer wieder Fälle von Gewalt gegenüber Asylbewerbern in NRW-Unterkünften publik geworden. Wiederholt Negativschlagzeilen machte die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Burbach.

Fremdenfeindlichkeit Ermittlungen gegen Polizisten nach Anschlag von Altena

Bilder misshandelter Flüchtlinge sorgten bereits im Herbst 2014 deutschlandweit für Entsetzen. Das Land beendete die Zusammenarbeit mit dem privaten Betreiber European Homecare, fortan war das DRK für Burbach zuständig.

Laut Medienberichten im August 2016 sollen dann Wachleute der neuen Sicherheitsfirma rechte Posts auf Facebook verbreitet haben. Gegen einen ehemaligen Mitarbeiter wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Nach Burbach rückt nun Olpe in den Fokus. Brisant dabei: Offenbar wurden beide Einrichtungen im Jahr 2015 über mehrere Monate hinweg – und damit auch zum Zeitpunkt der genannten Missstände – von der selben Person geleitet. Die DRK-Betreuungsdienste Westfalen-Lippe als Betreiber beider Unterkünfte hat das in einer Stellungnahme bestätigt: Der Heimleiter, der ab Mitte Juni 2015 „kommissarisch“ in Olpe eingesetzt worden sei, habe im betreffenden Zeitraum auch die Betreuungsleitung in Burbach innegehabt. Die Vorwürfe habe man „äußerst ernst genommen“ und den Heimleiter auch aufgrund der Hinweise Anfang September 2015 durch einen Nachfolger abgelöst.

Laut Urteilschrift des Gerichts gab es damals „erhebliche Beschwerden an die Bezirksregierung Arnsberg als auch an das Innenministerium“. Man habe jedoch erst am 2. Juni 2016 erstmals von den Vorwürfen erfahren, heißt es aus dem Ministerium. „Innenminister Jäger ist die Kontrolle über die Flüchtlingsunterkünfte in unserem Land offenbar völlig entglitten“, kritisiert der CDU-Innenexperte Theo Kruse. Die Liste der „ungeheuren Vorfälle“ müsse „restlos aufgeklärt werden“.

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet

-

Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Kleine Anfrage 5108, Datum des Originals: 31.08.2016, ausgegeben: 07.09.2016, des Abgeordneten Theo Kruse CDU

Unhaltbare Zustände in der ZUE Olpe und Verbindungen zur EAE Burbach

Die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Burbach ist in den letzten zwei Jahren bereits durch mehrere Skandale negativ aufgefallen. Im Herbst 2014 wurde ein erschreckender Misshandlungsfall bekannt. Im August 2016 gab es nach Berichten von WDR-Online Hinweise darauf, dass Wachleute der neuen Sicherheitsfirma, die in der Flüchtlingsunterkunft in Burbach seit dem Misshandlungsskandal eingesetzt worden ist, in sozialen Netzwerken mit rechtsextremem Gedankengut sympathisieren.

Nun wurden durch Recherchen des Blogs „Ruhrbarone“ (Artikel vom 30.08.2016) unhaltbare Zustände in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Olpe öffentlich, die wie die EAE Burbach vom DRK Betreuungsdienste Westfalen-Lippe geführt wird. Als Quelle dient dem Blog die Urteilschrift eines arbeitsrechtlichen Prozesses aus dem Dezember 2015: „Eine Verwaltungsangestellte, die gegen die Politik der Heimleitung opponiert hatte und in zeitlicher Nähe dazu ihre Stelle verlor, hatte auf Unwirksamkeit der erteilten Kündigung geklagt.“ Die Urteilschrift dokumentiert laut „Ruhrbarone“ die in der Beweisaufnahme gemachten Feststellungen über skandalöse Vorgänge in der Einrichtung, die bis Mitte 2015 zurückreichen. Demnach wurden folgende Vorfälle festgestellt:

- Abrechnungsbetrug bei der Auszahlung von Taxifahrten
- Mitarbeiter des Sozialdienstes ließen sich von Flüchtlingen ihr Auto waschen und rechneten dies als gemeinnützige Arbeit ab
- Unterdrückung der Meldung eines Windpockenfall an das Gesundheitsamt durch die Heimleitung
- Manipulation von Stundenzetteln
- Nicht-Anzeigen von häuslicher Gewalt gegen ein Flüchtlingsmädchen auf Druck der Heimleitung
- Nicht-Anzeigen eines möglichen Sexualdeliktes gegen ein 7 -jähriges Mädchen auf Druck der Heimleitung

Laut Urteilschrift sei im Juli 2015 vonseiten der Polizei Beschwerde gegen die Heimleitung bei der Bezirksregierung Arnsberg eingelegt worden. Diese deutete darauf hin, dass der Polizei die Situation in der EAE Olpe bekannt gewesen ist. Da die DRK Betreuungsdienste Westfalen-Lippe in der genannten Arbeitsrechtssache die Beklagte war, wusste auch sie über die Vorgänge Bescheid. Dass es sowohl in Burbach als auch in Olpe zu solch gravierenden Missständen kam, könnte laut „Ruhrbarone“ damit zusammenhängen, dass ab Mitte 2015 dieselbe Person die beiden Unterkünfte leitete. Wann diese Person durch das DRK von der Leitung der Heime entbunden wurde, ist unklar. Während das DRK klarstellte, dass die Person beide Einrichtungen Anfang September 2015 verlassen habe, war die Person nach Informationen von „Ruhrbarone“ noch bis Januar 2016 Einrichtungsleiter in Burbach. Zudem habe das DRK bei Übernahme der EAE Burbach zahlreiche Mitarbeiter der zuvor zuständigen „European Homecare“ übernommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Seit wann sind die oben geschilderten Vorfälle in der ZUE Olpe der Landesregierung bekannt gewesen?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung nach Bekanntwerden der Vorfälle in Olpe eingeleitet?

3. Ist der Einrichtungsleiter der EAE Burbach und der ZUE Olpe, unter dem die Vorfälle mutmaßlich geschehen sind, der Landesregierung bekannt?
4. Hatte die Landesregierung Kenntnis davon, dass die Polizei bei der Bezirksregierung Arnsberg im Juli 2015 Beschwerde gegen die Einrichtungsleitung in Olpe eingelegt hatte?
5. Wenn ja: wie begründete die Polizei ihre Beschwerde?

Theo Kruse

22.09.16, 15:36 Uhr

Missbrauchsvorwürfe

Frau berichtet von Entführung aus Burbacher Flüchtlingsheim

Von [Christina Michaelis](#)

Quelle: <http://www.ksta.de/24786932> ©2016

Die Meldungen über Missstände in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften reißen nicht ab. Für Aufsehen sorgt derzeit die Geschichte einer Albanerin, die in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Burbach mit Alkohol betäubt, anschließend verschleppt und möglicherweise sexuell missbraucht worden sein soll. Mit dem Fall betraut ist aktuell auch die Staatsanwaltschaft Siegen – sie prüft in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegen Mitarbeiter der Burbacher Flüchtlingsunterkunft, die seit Oktober 2014 durch das DRK betrieben wird. Einem Medienbericht vom Juni 2016 zufolge hatten zwei Albaner, die demnach ebenfalls in der Einrichtung untergebracht waren, Wachleute der Sicherheitsfirma Bewa und DRK-Mitarbeiter bezichtigt, mit alleinstehenden weiblichen Flüchtlingen Alkohol konsumiert und gegen deren Willen mit ihnen Geschlechtsverkehr gehabt zu haben.

Über den Fall der Albanerin hatte zunächst der WDR berichtet. Demnach soll die Frau, die zum Zeitpunkt des Vorfalls in der EAE Burbach untergebracht gewesen sein soll, Ende Februar mit einem Wachmann Alkohol getrunken haben. Plötzlich sei sie zusammengebrochen, schilderte ein Zeuge – damals anscheinend ebenfalls Bewohner in der Unterkunft – die Situation. Daraufhin sei die Frau in einen Mercedes getragen und weggefahren worden. Er habe der Frau helfen wollen, doch Wachleute hätten ihn zurückgehalten, so der Mann. Die Betroffene selbst soll sich erst im August gegenüber der Staatsanwaltschaft geäußert haben.

Keine Erinnerung, was passiert ist

Dem WDR gegenüber gab die Frau an, sie wisse nicht, was während ihrer insgesamt zweitägigen Bewusstlosigkeit passiert sei. „Als ich wieder zu mir gekommen bin, war ich komplett nackt“, wird sie zitiert. Sie sei nicht in der Flüchtlingsunterkunft aufgewacht, sondern in einem anderen Haus – im Beisein von vier Männern. Einer davon soll der Security-Mann gewesen sein, der sie zum Trinken eingeladen hatte.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Siegen dauern an. Anklage wurde im Fall der Albanerin noch nicht erhoben, sagte Oberstaatsanwalt Johannes Daheim dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Der Tatverdacht hat sich bislang nicht erhärtet“.

Auch von der Bezirksregierung Arnsberg heißt es auf Anfrage, die Vorwürfe hätten sich bislang nicht bestätigt. Zumal: „Nach unserem Kenntnisstand war die Frau zum angeblichen Tatzeitpunkt gar nicht in der Erstaufnahmeeinrichtung in Burbach untergebracht“, erläuterte Pressesprecher Benjamin Hahn. Die Albanerin, die ab Mitte Dezember 2015 für etwa einen Monat in Burbach einquartiert war, sei am 15. Januar der Stadt Dortmund zugewiesen worden, so Hahn: „Uns ist nicht bekannt, dass sie danach noch einmal in Burbach war“.

Bezirksregierung richtet „Taskforce“ ein

Nach Bekanntwerden der Anschuldigungen gegen die Mitarbeiter der EAE in Burbach hatte die Bezirksregierung eine „Taskforce“ eingerichtet. Als die Behörde Anfang Juni von dem Fall der Albanerin erfahren habe, sei umgehend ein Kontrollteam mit den Ermittlungen beauftragt worden. In diesem Zuge

seien sowohl Bewohner als auch Mitarbeiter der Sicherheitsfirma Bewa und des Deutschen Roten Kreuzes – dem Betreiber der Unterkunft – befragt worden. „Bislang haben sich die Vorwürfe nicht bestätigt“, so Behördensprecher Benjamin Hahn. Laut WDR dementierten sowohl das DRK als auch Bewa die angeblichen Übergriffe.

Dass die Albanerin von Burbach nach Dortmund verlegt wurde, geht auch aus einer Antwort von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf eine Anfrage der Piraten-Abgeordneten Simone Brand hervor. Demnach wurde die Frau nach „Hinweisen auf eine besondere Schutzbedürftigkeit“ dort auch einer spezialisierten Beratungsstelle zugewiesen. Weil die Albanerin Zeugin in einem Strafverfahren wegen Menschenhandels ist, wurde ihr eine Duldung zugesprochen. In Burbach war sie laut Bezirksregierung deshalb auch in einem abgeäunten, etwas abgelegenen Haus für schutzbedürftige Frauen untergebracht. Simone Brand von den Piraten hatte kritisiert, die Betroffene sei sowohl in Burbach als auch in Dortmund zunächst in Massenunterkünften einquartiert worden.

Flüchtlingsunterkunft steht immer wieder im Fokus

Unterdessen wurde bekannt, dass den beiden albanischen Brüdern, die die ursprünglichen Vorwürfe erhoben hatten, offenbar selbst Straftaten zur Last gelegt werden. Oberstaatsanwalt Johannes Daheim wollte das auf Anfrage zunächst nicht bestätigen.

Die Flüchtlingsunterkunft in Burbach stand in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder im Fokus. Im Herbst 2014 sorgten Bilder misshandelter Flüchtlinge bundesweit für Entsetzen. Das Land beendete daraufhin die Zusammenarbeit mit dem privaten Betreiber European Homecare, fortan war das DRK für Burbach zuständig. Laut Medienberichten im August 2016 sollen dann Wachleute der neuen Sicherheitsfirma rechte Posts auf Facebook verbreitet haben. Gegen einen ehemaligen Mitarbeiter wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Quelle: <http://www.ksta.de/24786932> ©2016

Ruhrbarone 29. September 2016 | Von Jana Klein

Olper Flüchtlingsheim: DRK verstrickt sich in Widersprüche

Nach den Vorwürfen gegen die DRK-Betreuungsdienste Westfalen-Lippe an ihrem Standort Olpe gerät der Betreiberverband ins Zwielicht. Durch ein Arbeitsrechtsverfahren aus dem letzten Jahr waren unhaltbare Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung zutage getreten. Das DRK schiebt die Verantwortung an einen ehemaligen Leiter ab – und macht sich mit einer Falschbehauptung verdächtig.

Der Streit um die Flüchtlingsunterkünfte des Landes NRW im Siegerland geht in eine neue Runde. Vor einem Monat [war durch ein Gerichtsurteil des Siegener Arbeitsgerichts bekannt geworden, dass der Olper Heimleitung vielfältige Vorwürfe gemacht worden waren](#), die sich vorwiegend auf den Sommer 2015 bezogen. Dabei ging es unter anderem um mögliche Abrechnungsbetrüge und angeblich unterdrückte Meldungen von häuslicher und sexueller Gewalt und eines Windpockenfalls. Im Tatbestand des vorliegenden Urteils wirken die Vorwürfe, als seien sie von allen beteiligten Parteien ohne Streit anerkannt worden. Nur: der betreffende Leiter, dem die Unterstellungen in der Hauptsache gemacht worden waren, konnte sich vor Gericht gar nicht verteidigen. Geklagt hatte eine ehemalige Mitarbeiterin, beklagt wurde der DRK-Verband.

In einer schriftlichen Stellungnahme der DRK-Betreuungsdienste Westfalen-Lippe gGmbH, die die Ruhrbarone in ganzer Länge veröffentlicht hatten, wird eingeräumt, dass „*einige*“ der erhobenen Vorwürfe „*der Wahrheit zu entsprechen*“ scheinen würden. In Bezug auf den Einrichtungsleiter, dem die Anschuldigungen in der Hauptsache gemacht worden waren, hieß es damals unter anderem: „*Dass wir speziell mit Herrn M. und seinem Vorgänger leider zwei Mal in personeller Hinsicht enttäuscht worden sind, war nicht vorauszusehen. (...) Die Betreuungssituation in Olpe, die bereits während der Startphase der Einrichtung von personellen und organisatorischen Schwierigkeiten geprägt war, verschlechterte sich unter Herrn M.s Verantwortung leider noch. Unserer Einschätzung nach war Herr M., der damals auch die Betreuungsleitung in der Flüchtlingsunterkunft in Burbach innehatte, in seiner Doppelfunktion fachlich überfordert.*“ Mit den Vorwürfen in den Medien konfrontiert, will M. jedoch aus allen Wolken gefallen sein. Er weist ein einwandfreies Arbeitszeugnis vom DRK nach, außerdem seien ihm diese Dinge bislang nie

unterbreitet worden, auch nicht vonseiten seines ehemaligen Arbeitgebers. Zudem heißt es im Statement des DRK, M. sei Anfang September 2015 von seinen Aufgaben in Olpe und der Erstaufnahmeeinrichtung Burbach, die er gleichzeitig leitete, entbunden und *„bis zum offiziellen Ende seines Arbeitsvertrages (Ende Februar 2016) in keiner unserer Einrichtungen je wieder eingesetzt“* worden. Doch das ist offensichtlich falsch, bis Ende Februar leitete er Burbach weiter, wie Zeitungsberichte und Arbeitszeugnis belegen. Auf Nachfrage, wie unter anderem diese unwahre Behauptung zustande gekommen sein könnte, heißt es vonseiten der Pressesprecherin des DRK bloß: *„zur Arbeitsrechtssache (...) hatten wir uns bereits ausführlich in unserem Pressestatement geäußert. Damit sind alle Informationen in dieser Angelegenheit kommuniziert. Neue Erkenntnisse haben sich für uns zwischenzeitlich nicht ergeben.“*

M., dem laut Arbeitszeugnis nicht gekündigt worden ist, wehrt sich auch gegen diejenigen vorgeworfenen Mängel in der EAE Olpe, die nicht in seine Zeit gefallen seien. So habe er bei Aufnahme seiner Tätigkeit den Hinweis erhalten, dass in der Vergangenheit gesammelte Taxifahrten einzeln abgerechnet worden seien, woraufhin er die Anweisung gegeben haben will, diesen Sachverhalt in Absprache mit den Fahrdiensten zu korrigieren. In einem Bericht des Innenministers vom 27. September werden die Vorwürfe an ihn, die das DRK grob bestätigt hatte, wiederum verneint, rechtssichere Belege z.B. in Sachen Abrechnungsbetrug lägen nicht vor. Dennoch wird sodann behauptet, dass hier bloß Gerüchte und „unkonkrete Aussagen“ zugrunde gelegen hätten. Neben den Taxifahrten sollen, so die Vorwürfe, Stundenzettel manipuliert worden sein, ein Mitarbeiter habe sich sein Auto als gemeinnützige Arbeit von Flüchtlingen waschen lassen.

Auch, dass Mitarbeiter der Securityfirma BEWA in Olpe eingesetzt und in Verwaltungsposten gehieft worden sind, weist M. von sich. Sein Nachfolger, der gleichzeitig Vizepräsident des DRK-Verbandes ist, habe diese Entscheidungen gefällt: *„Unter seiner Leitung wurden die Bewa-Leute eingestellt, was ich für einen Fehler halte. Ohne den Bewa-Leuten zu nahe treten zu wollen, behaupte ich, dass sie keinerlei Qualifikation für die Tätigkeit mitbrachten.“* Die BEWA war im benachbarten Burbach massiv in die Kritik geraten, weil gegen Mitarbeiter von ihnen wegen eines möglichen massiven Sexualdeliktes ermittelt wird. Außerdem waren Securitys im Internet durch viele rechtsradikale Postings aufgefallen, hier ist ein weiteres Ermittlungsverfahren auf Grundlage der Ruhrbarone-Recherchen anhängig.

Als Reaktion auf die Veröffentlichung durch die Ruhrbarone hatte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Theo Kruse, eine Pressemitteilung herausgegeben und Jäger scharf angegriffen. M. wiederum beschwerte sich unter anderem bei Kruse persönlich über die Darstellung und sagt, die Ruhrbarone *„haben sich wenigstens noch auf die Aussagen im Arbeitsgerichtsprozess berufen. Herr Kruse MdL stellt dies jedoch bereits als Tatsache dar.“* In einem längeren Brief widerspricht er detailliert den erhobenen Vorwürfen. Vermutlich werden sie niemals juristisch stichfest entkräftet oder bewiesen werden. Zwar wurde laut Bericht des Innenministeriums zum Beispiel ein Fall häuslicher Gewalt gegen eine minderjährige „Ehefrau“ erst über zwei Wochen später polizeilich bekannt, als der selbe Täter im Verdacht stand, ein Sexualdelikt an seiner Tochter begangen zu haben. In diesem Kontext hat eine Mitarbeiterin des Sozialdienstes gegenüber der Polizei ausgesagt, M. habe das Anzeigen untersagt. Ein daraufhin eingeleitetes Verfahren gegen den Heimleiter wurde dann aber vonseiten der Staatsanwaltschaft wegen Fehlen eines hinreichenden Tatverdachts wieder eingestellt. Wieso die Polizei also zunächst nicht in Kenntnis gesetzt worden ist oder sein will, bleibt damit unklar.

Im Brief an den Abgeordneten Kruse schreibt M. weiterhin betreffend den Vorwurf der unterdrückten Windpockenmeldung: *„Ich habe lediglich die Mitarbeiter aufgefordert Stillschweigen bis zur Abklärung mit dem Gesundheitsamt zu wahren, um die Verbreitung einer Panik unter den Flüchtlingen zu vermeiden,“*, an anderer Stelle heißt es: *„Auch versichere ich an Eides statt, dass ich das Gesundheitsamt direkt nach dem Bekanntwerden des Varizellenfalls unterrichtet habe.“* Dafür gäbe es entsprechenden Schriftverkehr. Im Fall der häuslichen Gewalt gegen das 17jährige Mädchen verweist M. darauf, dass bei der ersten Befragung bereits Polizei vor Ort war, eine Anzeige also gar nicht vonnöten gewesen wäre. Diesen Fall will die Polizei aber, laut Bericht des Innenministeriums, erst mehr als zwei Wochen später zur Kenntnis genommen haben. Im Fall des Mitarbeiters, der sich von Heimbewohnern das Auto waschen lassen und das als gemeinnützige Arbeit abgerechnet haben soll, heißt es in M.s' Brief: *„Nachdem ich von dem Vorfall erfuhr, wurde in Absprache mit der Zentrale in Münster, dem Mitarbeiter innerhalb der Probezeit ohne Angaben von Gründen gekündigt. (Dies war nicht der alleinige Grund das Arbeitsverhältnis nicht fortzusetzen.)“* Hierzu verweist das Innenministerium in seinem aktuellen Bericht, wie oben erwähnt, auf das Nichtvorhandensein rechtssicherer Belege. In Olpe ist es aber immer wieder zu Entlassungen ohne Angabe von Gründen innerhalb der Probezeit gekommen – aus welchen Gründen die Mitarbeiter wirklich entlassen worden sind, bleibt also jeweils unklar und unbelegt.

Die Ruhrbarone konfrontierten den zuständigen DRK-Verband weiterhin mit Fragen danach, wie er in der gerichtlichen Arbeitssache mit den Vorwürfen umgegangen ist, ob er seinen leitenden Mitarbeiter M. gegen diese verteidigt oder überhaupt informiert habe oder ob selbst juristische Schritte gegen ihn eingeleitet worden sind, die eine Klärung der Vorwürfe ermöglicht hätten. Im Statement des DRK hatte es nämlich geheißen: *„Einige der von Ihnen angesprochenen Feststellungen scheinen der Wahrheit zu entsprechen. Im Zuge der Verfahren vor dem Arbeitsgericht haben wir die erhobenen Vorwürfe bereits intensiv nachgearbeitet. Gleichwohl ist es leider nicht möglich, alle Verdachtsmomente lückenlos zu rekonstruieren und somit zweifelsfrei aufzuklären.“* Die Antworten auf diese Fragen, wie auch die Frage danach, welche der Vorwürfe vom DRK für wahr erachtet werden und warum, was also das Ergebnis dieser intensiven Nacharbeitung ist, wurden vom DRK mit Verweis auf das alte Statement ebenfalls verweigert wie die Eingangsfrage nach der falschen Behauptung über die Entlassung des Heimleiters.

Damit ist die Rolle der DRK-Betreuungsdienste gGmbH in der Angelegenheit äußerst unklar. Statt, wie das Innenministerium, den Vorwürfen zu widersprechen, werden sie äußerst unkonkret eingeräumt und auf einen ehemaligen Mitarbeiter abgewälzt. Ebenso sieht es gegenwärtig so aus, als habe das DRK ihren Mitarbeiter in der Arbeitsrechtssache vor Gericht Ende 2015 nicht geschützt und auch hier Vorwürfe zugelassen, statt sich und ihn gegen sie zu verteidigen – oder aber gegen ihren weiterhin angestellten Mitarbeiter juristische Schritte einzuleiten. Starke Fakten zur Verteidigung, wie etwa wegen mangelnden Tatverdachts eingestellte Verfahren, hätte es gegeben.

In Burbach war einem DRK-Mitarbeiter gekündigt worden, als er drohte, sich mit den dort seiner Meinung nach herrschenden Missständen an die Presse zu wenden, sollte das DRK nicht endlich auf seine Berichte reagieren. In der Sache der mutmaßlichen Entführung mithilfe von K.O.-Tropfen hat ein albanischer Zeuge in der Zwischenzeit eine Vorladung zu einer Aussage am Amtsgericht erhalten. Diese könnte dann in ein Gerichtsverfahren als Beweismittel eingebracht werden, ohne, dass der Zeuge anwesend ist – sein Asylantrag ist endgültig negativ beschieden. In den vergangenen Wochen war, unter anderem auch durch Innenminister Jäger, mehrfach die Einschätzung mitgeteilt worden, dass es wahrscheinlich nicht zu einer Anklageerhebung kommen würde, weil es Konfusionen um den mutmaßlichen Tatzeitpunkt gab. Stattdessen hatte Ministerialdirigent Schnieder, im Innenministerium unter anderem mit Ausländerangelegenheiten betraut, im Innenausschuss Anfang September stellvertretend für Jäger vielsagend von einer „Frau, die einen schweren Werdegang hatte“, berichtet, womit angedeutet war, sie würde lügen. Mit einer richterlichen Aussage könnte sich die Staatsanwaltschaft Siegen jedoch entgegen aller bisherigen Berichte für einen möglichen Gerichtsprozess rüsten.